

Henrichmann für Glyphosatausstieg?

DIE LINKE, Kreis Coesfeld hat (am Donnerstag bei Ihrer Vorstandssitzung) mit Interesse die Aussagen des CDU-Wahlkreisabgeordneten Marc Henrichmann zum Glyphosat-Ausstieg (AZ vom 04.01.2018) zur Kenntnis genommen.

Wir sehen in dem Auftritt von Herrn Henrichmann ein Täuschungsmanöver, um die Glyphosat-Diskussion zu entschärfen. Die Sikkation (den verglichen mit dem Gesamtvolumen eher unbedeutenden Einsatz kurz vor der Ernte) will er zwar verbieten, ansonsten spielt er aber eher auf Zeit mit Rücksicht auf „ökonomische“ und „Sachzwänge“.

Natürlich werden ökonomische Gründe für einen weiteren Glyphosat-Einsatz angeführt: Es ist für die Landwirte*innen die billigste Lösung. Die meisten Betriebe stehen ökonomisch unter extremem Druck - und da ist Hacken teurer als Spritzen. Da muss nach dieser Logik die Umwelt leider hinten anstehen...

Die Anpassung an ökonomische Zwänge in der Landwirtschaft hat inzwischen zahlreiche negative Auswirkungen, z.B.:

- "Zwang" zur Verengung der Fruchtfolgen.
- "Zwang" zum Einsatz immer größerer Maschinen und das zusätzlich noch zu Zeiten, wo die Böden zu nass sind. Hintergrund: Viele Arbeiten werden inzwischen von Lohnunternehmen durchgeführt, weil die eingesetzten Maschinen gar nicht mehr durch einen einzelnen Betrieb zu finanzieren sind - das hat die Konsequenz, dass die Arbeiten durchgeführt werden, wenn der Termin beim Lohnunternehmen frei ist, die Bodenfeuchte spielt zu oft keine Rolle mehr...
- "Zwang" zu Totalherbiziden, weil Selektiv-Herbizide aufgrund von Resistenzen nicht mehr wirksam sind.

Hinzu kommen Veränderungen im öffentlichen Beratungssystem:

Die öffentliche Beratung muss inzwischen durch die Betriebe bezahlt werden, d.h. auch, man wird Beratung nur in den Bereichen in Anspruch nehmen, in denen der Betrieb sein Einkommen erzielt - das ist im Münsterland in der Regel die Tierhaltung, nicht der Ackerbau.

Die Pflanzenschutzmittelindustrie "berät" selbstverständlich kostenfrei - wie war das noch mit dem Bock und dem Gärtner? Die Spritzmittelindustrie hat kein Interesse an ressourcenschonenden Alternativverfahren. Die Landwirte*innen werden sich im Zweifelsfall für die billigste Lösung entscheiden. Also - Weiter so?

Nicht zu vergessen: Glyphosat wird auch in Privathaushalten eingesetzt: es wird in den Baumärkten oder zunehmend auch übers Internet verkauft und durch Privatpersonen oft auch illegal eingesetzt, um befestigte Flächen unkrautfrei zu machen

Wir erwarten in der Pflanzenschutzfrage also deutlich mehr Entschieden- und Entschlossenheit statt Halbherzigkeit und Zauderei.

Schließlich hat Herrn Henrichmanns Unionskollege, Landwirtschaftsminister Schmidt gerade erst den Zorn aller Glyphosatgegner*innen auf sich gezogen. Entgegen dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung und entgegen der bis dahin zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium verabredeten Stimmenthaltung stimmte er in Brüssel bei der

Entscheidung zum Glyphosateinsatz für die Verlängerung der Erlaubnis zum Einsatz von Glyphosat um weitere 5 Jahre. Ein Skandal, der erneut die Macht der Pestizid-Lobby und Ohnmacht der Bevölkerung dokumentiert!

Damit wird der dringend notwendige Ausstieg zu Lasten der Natur noch weiter hinausgeschoben.

Zu weit ist Glyphosat schon in unserer Umwelt verbreitet. Auch bei einem sofortigen Ausstieg wären die Spuren noch über Jahre nachweisbar. Da ist jeder weitere Aufschub unverantwortbar!

Gerade wurden neue Studien vorgelegt, die belegen, dass auch die weiter wachsende Weltbevölkerung durch ökologische, nachhaltige Landwirtschaft ohne Pestizideinsatz ernährt werden könnte. Dies setzt allerdings auch die Bereitschaft der KonsumentInnen voraus, diesen Wandel mitzugehen. Ohne veränderte Konsumgewohnheiten, ohne Abkehr von unserem hohen Fleischkonsum und unserer Wegwerfmentalität ist die Trendwende nicht zu schaffen.

Hier ist jede/r einzelne unmittelbar gefordert. Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Bioprodukte kaufen, leisten sie damit auch einen Beitrag, dass Pestizide noch nicht einmal produziert werden müssen, also gar nicht in die Umwelt gelangen. Und sie können damit unterstützen, dass auch Betriebe hier im Münsterland auf "Bio" umstellen können, wenn die Verbraucher*innen und Verbraucher zusätzlich in den Hofläden einkaufen, oder in Hofcafés gehen. Und sie stärken damit das Land als Lebensregion.

Wir weisen weiter darauf hin, dass der Fall „Glyphosat“ in negativer Weise richtungsweisend ist für den Umgang mit strittigen Wirkstoffen, die mit einem enormen wirtschaftlichen Potenzial verbunden sind und die die Grundsätze der Wissenschaft bei Kontrolle und Zulassung ins Wanken bringen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Zulassungsverfahren der EU generalüberholt wird. Es ist nicht hinzunehmen, dass ein derart intransparentes Verfahren ermöglicht, potenziell riskante Substanzen aufgrund von Gewinn-Maximierungs-Interessen regelmäßig in Umlauf zu bringen. Verbraucherschutz muss über wirtschaftliche und industrielle Interessen gehen. Deshalb sind bessere Lösungen sofort nötig und möglich. Diese müssen keinesfalls die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft beeinträchtigen. Alternativen stehen zur Verfügung. Insofern helfen die Plattitüden von Herrn Henrichmann nicht weiter, sondern prolongieren nur eine falsche Landwirtschaftspolitik. Ein „Weiter so“ wäre verantwortungs- und rücksichtslos auch für Mensch und Umwelt in unserem Kreis.

Wir werden uns deshalb konsequent, ohne Wischi-Waschi gegen den weiteren Einsatz von Glyphosat einsetzen und gemeinsam mit Gleichgesinnten auf die dringend erforderliche Trendwende hin arbeiten.